Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4739
13. 02. 76

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Februar 1976
am Donnerstag, dem 19. Februar 1976

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	12, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	3, 15 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	6, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	7, 16 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	2, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	9, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	2, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	10, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	11, 26 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

1. Abgeordneter **Hauser (Krefeld)** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, denenzufolge die Bundesregierung zur Zeit prüft, ob den gesetzgeberischen Körperschaften die Aufhebung der durch das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 auf Drängen der CDU/CSU geschaffenen „Stiftung für die Alterssicherung älterer Selbständiger“ vorgeschlagen werden soll?
2. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Treffen die von der Deutschen Musik-Union aufgestellten Behauptungen zu, der gesetzliche Monopolanspruch der Bundesanstalt für Arbeit habe überhaupt erst Schwarzvermittler für Künstler auf den Plan gerufen und die Künstlerdienste der Landesarbeitsämter seien nicht ausreichend, und zu welchen Schlußfolgerungen geben sie – bejahendenfalls – Anlaß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

3. Abgeordneter **Hofmann** (SPD)	Welche Strecken des Schienennetzes der Deutschen Bundesbahn wurden nach dem Seebohm-Plan in den drei Stufen zur Stillegung vorgeschlagen?
4. Abgeordneter **Hofmann** (SPD)	Wieviel Kilometer Bahnstrecke wurden bis Ende 1969 stillgelegt?
5. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Deutsche Bundespost aufzufordern, zur weiteren Publizierung der Postleitzahlen außer den Telefonvorwahlnummern in den amtlichen Fernsprechbüchern bei allen Orten auch deren Postleitzahlen einzudrucken?
6. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Warum werden bei Anwendung des § 17 der Fernmeldeordnung keine sozialen Gesichtspunkte berücksichtigt, um insbesondere Minderbemittelten Zweieranschlüsse zu ermöglichen?
7. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung plant, in nächster Zeit die Briefabgangsstelle in Kaiserslautern aufzulösen und die Briefsendungen aus der gesamten Pfalz in Mannheim zu verteilen?
8. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)	Wenn ja, welches sind die Gründe für diese Maßnahme, und was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um eine erneute strukturpolitische Benachteiligung der Westpfalz zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

9. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

An welchem Tag ist der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte für die Bundesrepublik Deutschland und für die DDR in Kraft getreten, und welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Inkrafttreten für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung?

10. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, um in Gesprächen und Verhandlungen mit der Regierung der DDR darauf hinzuwirken, daß die nunmehr auch für die DDR kraft völkerrechtlichen Vertragsrechts geltenden Menschenrechte des Pakts über bürgerliche und politische Rechte den Deutschen in diesem Teil unseres Vaterlandes tatsächlich zugute kommen?

11. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, Ost-Berlin habe deutsche Staatsangehörige mit Wohnsitz im freien Teil des Landes wegen Äußerungen über die Verhältnisse in Ostberliner Haftanstalten zur Fahndung ausgeschrieben, und wie hat die Bundesregierung — bejahendenfalls — hierauf reagiert?

12. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Informationen über den Inhalt des neuen Außenwirtschaftsgesetzes der DDR?

13. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des neuen Außenwirtschaftsgesetzes, das nach den Worten des Ministers Sölle vor allem die Beziehungen zwischen den Außenhandelsorganisationen der DDR und den Partnern im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet regeln soll?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

14. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Bis wann gedenkt die Bundesregierung, den Prüfungsbericht, ob besondere Härten im Bereich der Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgengesetzgebung entsprechend § 301 b des Lastenausgleichsgesetzes im Rahmen des § 56 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen und des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes ausgeglichen werden können, vorzulegen, um den der Innenausschuß in der Nummer 2 seiner Entschließung vom 27. März 1974 zur Wiedergutmachungs- und Kriegsfolgengesetzgebung gebeten hat?

15. Abgeordneter **Berger** (CDU/CSU)

Welche Gründe bestehen für die Bundesregierung, daß nach fast zwei Jahren das Prüfungsergebnis noch nicht vorliegt, obwohl es dabei um die äußerst dringlich gewordene Beseitigung von echten Härten beim betroffenen Personenkreis geht?

16. Abgeordneter **Vogt** (CDU/CSU)

Besitzt die Bundesregierung Unterlagen, aus denen Art, Umfang und Kosten hervorgehen, die Betriebe für unentgeltliche Verwaltungsleistungen im Staatsauftrag aufbringen müssen, und ist sie bereit, künftig bei der Vorlage von Gesetzentwürfen auf dem Vorblatt anzugeben, welchen personellen und finanziellen Aufwand das Gesetz außerhalb der öffentlichen Verwaltung verursacht?

17. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, zur Minderung der von den Betrieben aufzubringenden Kosten für Verwaltungsleistungen, jedes Formular auf seine unbedingte Notwendigkeit zu untersuchen und eventuell eine Verringerung der Formulare oder Vereinfachung anzustreben?

18. Abgeordnete **Frau Meermann** (SPD)

Gibt es Schätzungen darüber, wieviel Büroraum bei den Bundesbehörden eingespart werden könnte, wenn die Vervielfältigungen auf Durchschlag- bzw. Luftpostpapier gemacht würden?

19. Abgeordnete **Frau Meermann** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, falls das technisch noch nicht möglich ist, einen entsprechenden Forschungsauftrag zu vergeben?

20. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Welche Hindernisse stehen dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu der Konvention der Vereinten Nationen über die Verminderung der Staatenlosigkeit vom 28. August 1961 noch entgegen?

21. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)

Wann rechnet die Bundesregierung mit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Inkrafttreten der Europäischen Konvention zum Schutz internationaler Wasserläufe vor Verschmutzung, deren Entwurf dem Ministerkomitee des Europarats seit fast zwei Jahren vorliegt?

22. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Weshalb hat sich die Bundesregierung in ihrem Abfallwirtschaftsprogramm lediglich auf die Verpackung „Einwegflasche“ bezogen und für eine Begrenzung der Verwendung im gegenwärtigen Umfang ausgesprochen?

23. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Hat die Bundesregierung geprüft, welche Belastungen insbesondere des Wasserhaushalts durch die regelmäßige Reinigung von Mehrweg-Glasbehältern entsteht, und zu welchen Ergebnissen ist gegebenenfalls diese Untersuchung gekommen?

24. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Welche Tatsachenbehauptungen in dem Fernsehfilm „Moskaus Spione" (ARD, 2. Februar 1976) entsprechen nicht der Wahrheit und könnten somit das Urteil „irreführende Tendenz" rechtfertigen, mit dem der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Schmude vor dem Deutschen Bundestag am 11. Februar 1976 den Streifen belegt hat, der das Treiben des sowjetischen Geheimdienstes in der Bundesrepublik Deutschland einer breiten Öffentlichkeit bewußt machte?

25. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Welche grundsätzliche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den verschiedenen Forderungen der letzten Zeit ein, weite Bereiche des öffentlichen Dienstes zu privatisieren?

26. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Trifft es zu, daß zur Zeit ein erheblicher Prozentsatz der Pilotenplanstellen bei der Bundesgrenzschutzfliegergruppe unbesetzt ist?

27. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Welche dienstzeitmäßigen Belastungen ergeben sich daraus für die Einsatzpiloten?

28. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die von Bundeskanzler Schmidt im „Bericht aus Bonn" vom 6. Februar 1976 geäußerte Auffassung, daß Abgeordnete, die an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, „Betrüger" sind, wenn sie – wie kürzlich in Niedersachsen – von diesem Recht Gebrauch machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

29. Abgeordneter **Wuttke** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung sich nicht rechtzeitig über die im Zusammenhang mit der Abhöraffäre Kohl/Biedenkopf von den zuständigen Behörden angestellten Ermittlungen unterrichtet hat und daß sie deshalb erst mit viermonatiger Verzögerung Kenntnis über die Ermittlungen im Konrad-Adenauer-Haus am 25. September 1975 und die sich daran anschließende technische Untersuchung erhalten hat?

30. Abgeordneter **Orgaß** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten und Anlässe, durch gesetzgeberische Maßnahmen zu unterbinden, daß sich jemand in unserem sozialen Rechtsstaat ständig über mietvertragliche Regelungen wie auch gegen ihn ergangene rechtskräftige Gerichtsurteile hinwegsetzt, indem er entgegen eindeutiger Rechtslage die von ihm abhängigen

Mieter unter ständigen Druck setzt, sie mit nicht gerechtfertigten überhöhten Mietforderungen, Mahnungen, Zahlungsbefehlen usw. überzieht, wobei er die Kosten für diese rechtswidrigen Praktiken den Mietern noch zusätzlich anlastet und mit diesem Psycho-Terror Hunderte von Mietern zu ständigem Prozessieren zwingt?

31. Abgeordneter **Orgaß** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung für eine gesetzgeberische Initiative in Erwägung ziehen, daß durch eine solche von Einzelnen mutwillig ausgelöste Prozeßflut die Gerichte in einer Weise überlastet werden, die für alle sonstigen Rechtsuchenden insgesamt Nachteile bringt, weil dadurch die Gerichte blockiert werden?

32. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob und wann die vom Bundesjustizminister am 9. Mai 1972 eingesetzte „Unternehmenskommission" (vgl. Recht/Informationen des Bundesministers der Justiz Nr. 44 und 45/1972) ihre Arbeiten abgeschlossen hat, und wann die Ergebnisse der Kommissionsarbeit dem Parlament zur Kenntnis gebracht werden, wie es vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz in der Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 1973 angekündigt worden ist (Stenographischer Bericht über die 38. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juni 1973, S. 2093)?

33. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)

Hat die Kommission während ihrer Arbeiten zur Entwicklung eines modernen Unternehmensrechts sich auch mit Maßnahmen gegen Verfügungen über Kapitalanteile beschäftigt, die in gesamtwirtschaftlich wesentliche Interessen einzugreifen oder eine von der Unternehmensführung (Vorstand, Aufsichtsrat, Betriebsrat) festgelegte Unternehmensplanung grundlegend zu verändern geeignet sind – z. B. die Veräußerung von 74,9 v. H. des Aktienkapitals der Firma Fichtel & Sachs AG?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

34. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Vorschlag der Industrie- und Handelskammer Koblenz aufzugreifen, zu prüfen, ob der Wirtschaft ein Kostenersatz in Form eines Steuerbonus bei Gesetzen eingeräumt werden kann, die in der Wirtschaft einen besonderen Verwaltungsaufwand verursachen?

35. Abgeordneter **Reiser** (SPD)

Hat die Bundesregierung schon Schritte unternommen, die darauf abzielen, die Versicherungsgesellschaften dazu zu veranlassen, gegen vertretbare Prämien, nicht nur gegen Sturm- sondern auch gegen Flutschäden zu versichern?

36. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Aufklärungsarbeit der „Deutsche Umwelt-Aktion e. V.“, Krefeld, insbesonders auch an Schulen als nützlich und förderungswürdig anzuerkennen?

37. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die Industrie müsse auf Grund der jüngsten Steuergesetzgebung die Forschung einschränken, und zu welchen Überlegungen gibt dies – bejahendenfalls – der Bundesregierung Anlaß?

38. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob auch für Zollbeamte im Grenzaufsichtsdienst eine analoge Regelung möglich ist, wie z. B. im Vollzugsdienst der Polizei (nach § 42 des Wehrpflichtgesetzes) wonach für Wehrpflichtige, die im Grenzaufsichtsdienst des Zolls mindestens drei Jahre Dienst geleistet haben, die Pflicht zur Leistung des Grundwehrdienstes erlischt?

39. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Lohnkostenzuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit zur Sicherung von Arbeitsplätzen steuerpflichtige Einnahmen der Betriebe sind und insoweit voll der Ertragbesteuerung unterliegen, und wie beurteilt die Bundesregierung zutreffendenfalls diesen Sachverhalt?

40. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welche Gesichtspunkte sprechen nach Auffassung der Bundesregierung für eine unterschiedliche Behandlung derartiger Zuschüsse gegenüber anderen staatlichen Zahlungen, z. B. Investitionszulagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

41. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Aus welchem Grunde ist die für die Mitte der 70er Jahre vorgesehen gewesene Arbeitsstättenzählung nicht durchgeführt worden, und für welches Jahr ist die nächste Zählung vorgesehen?

42. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß mit den vorliegenden, größtenteils überholten, Daten eine zeitgemäße Struktur- und Konjunkturpolitik noch möglich ist?

43. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Wie soll nach der Verabschiedung des 5. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ die besondere Situation der Orte in strukturschwachen Räumen berücksichtigt werden, die auf Grund früherer günstiger Daten ihren Status als Schwerpunktort verloren haben, aber nach jüngster rückläufiger Entwicklung dringend der Hilfe zur Schaffung oder Erneuerung von Arbeitsplätzen bedürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

44. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche statistischen Unterlagen werden von den Unternehmen des Ernährungsgewerbes jährlich, halbjährlich, vierteljährlich und monatlich von Bundesdienststellen gefordert, und hat die Bundesregierung eine Vorstellung von dem Ausmaß an Zeit und Doppelarbeit, das dabei den Unternehmen in nicht unbedingt notwendigem Ausmaß abverlangt wird?

45. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie wirken sich nach Meinung der Bundesregierung die Vorschläge der EG-Kommission für eine Veränderung der Getreidemarktordnung für die deutsche Landwirtschaft aus, aufgeteilt nach Getreidearten und Regionen, und welches Ziel strebt die Bundesregierung bei den Verhandlungen in Brüssel an?

46. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie wirkt sich nach Meinung der Bundesregierung die Veränderung der Magermilchpulverintervention, wie sie die EG-Kommission vorgeschlagen hat, auf den Milcherzeugerpreis in den Werkmilchgebieten der Bundesrepublik Deutschland aus, und welches Ziel strebt die Bundesregierung bei den Verhandlungen in Brüssel an?

47. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Bemüht sich gegenwärtig die neuseeländische Regierung darum, Butter zu Sonderbedingungen auch über das Jahr 1980 hinaus in die EWG importieren zu können?

48. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Trifft es zu, daß in der EWG die Absicht besteht, Neuseeland einen festen Anteil von 25 % auf dem britischen Buttermarkt einzuräumen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

49. Abgeordneter **Möhring** (SPD)

Ist auch nach Meinung der Bundesregierung „die Kantinenpreisreform ein glatter Schuß in den Ofen", wie Oberstleutnant Wendlung nach einem Zeitungsbericht gesagt haben soll, oder welche Erfahrungsberichte aus der Truppe liegen für ein allgemeines Urteil über die Kantinenreform schon vor?

50. Abgeordneter **Möhring** (SPD)

Hat das Bundesverteidigungsministerium bei den Kantinenartikeln, die an Festpreise gebunden sind, auch den Begriff einer Mindestqualität definiert und als Forderung festgelegt, oder kann tatsächlich „ungenießbare" Ware in Bundeswehrkantinen verkauft werden, um die für Kantinenpächter eintretenden Gewinnachteile der künstlichen Festpreise durch schlechtere Qualität zu kompensieren?

51. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, daß in der Fragestunde vom 22. Oktober 1975 der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung sich weigerte, mir die Personalstärke der Kampfgruppenbataillone der DDR bekannt zu geben, „weil er durch einen dicken roten Strich darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß hier Geheimschutzprobleme bestünden", daß aber in dem wenige Wochen später veröffentlichten und vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen zu verantwortenden „DDR-Handbuch" die Personalstärke der Kampfgruppenbataillone mit 400 000 veröffentlicht wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

52. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß künftighin – wie gegenwärtig auf der Internationalen Spielwarenmesse in Nürnberg – Kriegsspielzeug ausgestellt wird, das mit NS-Symbolen, wie Hakenkreuzen und SS-Runen, bemalt ist?

53. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Wird die Bundesregierung bei eventuellen Maßnahmen in Erwägung ziehen, daß die Einfuhr, öffentliche Schaustellung und Werbung auf einer internationalen Verkaufsmesse in Bayern mit weltweiter Publizität sowie der Vertrieb solch makabren Kinderspielzeugs innerhalb des gesamten Bundesgebiets geeignet ist, dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zuzufügen?

54. Abgeordneter **Batz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit einen Anlaß, gesetzgeberische oder sonstige Maßnahmen gegen Ausstellung und Vertrieb von Kriegsspielzeug mit NS-Symbolen in der Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen, und wenn ja, sind die eventuell bereits nach geltendem Recht gegebenen Möglichkeiten ausgeschöpft worden?

55. Abgeordneter **Batz** (SPD)

Wird die Bundesregierung eventuell bereits bestehende rechtliche und handelspolitische Möglichkeiten nutzen, um gegen Herstellung, Anpreisung und den Vertrieb von Waren mit Symbolen und Hoheitszeichen der NS-Diktatur und gegen deren Einfuhr in das Bundesgebiet einzuschreiten?

56. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß ein großer Teil von Insassen von Altenkranken- und Pflegeheimen mit der Belastung der ständig steigenden Leistungen der Altenkrankenpflege mit der Altersrente nicht mehr auskommen und auf Leistungen und Zuschüsse der Sozialämter angewiesen sind, und wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß die durch die medizinisch-pflegerischen Leistungen bestimmten Anteile des Pflegesatzes von den Krankenkassen übernommen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

57. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Auslegung der Familienheimrichtlinien des Bundes durch oberste Bundesbehörden ziehen, wonach unzulänglich untergebrachten Bundesbeamten nach jahrelangen Vorbereitungen und Investitionen für den Bau eines Eigenheims keine Förderungsmittel bewilligt werden, weil in sechs bis neun Monaten eine familiengerechte Wohnung am Dienstort zur Verfügung gestellt werden kann?

58. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung der Beschluß der französischen Regierung bekannt, ein Nationales Restaurierungsinstitut zu errichten, das das Kunsthandwerk in Frankreich fördern und Baudenkmäler instandhalten sowie Spezialisten ausbilden und die Forschung auf dem Gebiet der Restaurierung von Altstädten vorantreiben soll, und ist die Bundesregierung bereit, in Zusammenarbeit mit den Ländern eine ähnliche Initiative für die Bundesrepublik Deutschland zu ergreifen?

59. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Zuschüsse wurden aus den Bundesetats 1973/74/75 für Schutzraumbau getrennt nach Mehrzweckbauten in Verbindung mit unterirdischen Verkehrsanlagen, Instandsetzung ehemaliger Schutzbauwerke und Förderung von Hausschutzräumen in Wohnungen gewährt?

60. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung diese Ausgaben für ausreichend unter dem Gesichtspunkt, daß z. B. im Weißbuch 1976 festgestellt wird (S. 18), zu einem Überraschungsangriff kann der Warschauer Pakt so gut wie ohne Vorbereitungszeit aus dem Stand heraus antreten – beispielsweise aus Manöverlagen?

61. Abgeordneter **von Alten-Nordheim** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung inzwischen unternommen, nachdem am 16. Dezember 1975 im Bundeswohnungsbauministerium eine Besprechung zwischen dem Deutschen Bundeswehr-Verband (DBwV) und dem Staatssekretär Dr. Abreß über die erhebliche Verschlechterung der Wohnungsfürsorge besonders im Bereich der Mieten und der Familiendarlehen im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen stattgefunden hat?

62. Abgeordneter **von Alten-Nordheim** (CDU/CSU)

Hat das für den 18. Dezember 1975 vereinbart gewesene Gespräch zwischen dem DBwV und dem Staatssekretär Fingerhut im Bundesverteidigungsministerium inzwischen stattgefunden, wenn ja, mit welchem Ergebnis und welche Sofortmaßnahme sollen – gegebenenfalls in Abstimmung zwischen beiden Bundesministerien – ergriffen werden, um die jetzt auftretenden besonderen Härten, über die aus allen Teilen des Bundesgebietes Klage geführt wird, zu vermeiden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

63. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen und in welcher Höhe finanziert die Bundesregierung die „Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule e. V."?

64. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Sachinformation und Tendenz der mit ihren Mitteln herausgegebenen Broschüre „Gesamtschule" dieser Gesellschaft?

65. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der zentralen Gesellenprüfung für das Tischlerhandwerk in Nordrhein-Westfalen den Prüflingen Fragen und Antwortmöglichkeiten vorgelegt werden wie zum Beispiel „Wem ist ein gewählter Abgeordneter nach dem Grundgesetz verantwortlich? a) seiner Fraktion, b) heimlichen Geldgebern, c) den Wählern, d) dem Bundeskanzler, e) seinem Gewissen" oder „Braucht eine Demokratie eine Opposition? a) nein, die Regierungsarbeit wird nur blockiert, b) nein, sie sagt doch nur nein, c) ja, der Bundestag wäre sonst halbiert, d) ja, die Regierung soll kontrolliert und kritisiert werden, e) nein, sie kostet unnötiges Geld", und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß solche Fragen geeignet sind, beim Prüfling ein Verständnis von Politik und wirtschaftlichen Zusammenhängen nachzuweisen?

66. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Was kann die Bundesregierung unternehmen, damit eine sachgerechte Bestimmung von Lern- und Prüfungszielen sowie von Prüfungsinhalten in der Berufsbildung gewährleistet ist?

67. Abgeordnete **Frau Grützmann** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit, bei der Veranstaltung und Organisation von Sprachurlaubskursen steuernd zum Schutz der Teilnehmer einzugreifen?

68. Abgeordnete **Frau Grützmann** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch die Erweiterung des vorliegenden Entwurfs des Fernunterrichtsschutzgesetzes diesem betroffenen Personenkreis zu helfen?

69. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Welche Initiativen zur Humanisierung des Unterrichts gedenkt die Bundesregierung im Rahmen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung einzuleiten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

70. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)

Was ist seit Juni 1975 vonseiten des Bundes veranlaßt worden, um die Abhöraffäre Kohl/Biedenkopf aufzuklären?

71. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)

Kann die Bundesregierung auf Grund ihrer eigenen Ermittlungen bestätigen, daß die bundesdeutschen Nachrichtendienste in keiner Weise an der Abhöraffäre Kohl/Biedenkopf beteiligt gewesen sind?

72. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Sieht die Bundesregierung auf Grund ihrer eigenen Ermittlungen Anhaltspunkte für die Annahme, daß Nachrichtendienste anderer Staaten das Telefongespräch zwischen Herrn Kohl und Herrn Biedenkopf am 3. Oktober 1974 abgehört haben?

73. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Kann die Bundesregierung auf Grund ihrer eigenen Ermittlungen ausschließen, daß die Abhöraffäre Kohl/Biedenkopf einer „konzertierten Aktion zwischen dem Parteivorstand der SPD und einem Spitzenmann des BND" entsprang, wie die Illustrierte Quick am 26. Juni 1975 behauptete?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

74. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Versteht der Bundeskanzler unter den erwiesenen politischen Irrtümern, die er dem amerikanischen Außenminister Kissinger bescheinigt, auch die Unterstützung dieser Seite für die von seinem Vorgänger betriebene Form der Entspannungspolitik, oder welche Irrtümer Kissingers hat der Bundeskanzler besonders im Auge?

75. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Welche Bedenken hat die Bundesregierung, die in der Generalversammlung der 7. Periode der UNESCO am 16. November 1972 in Paris verabschiedete „Konvention zum Schutze des kulturellen und natürlichen Erbes in der Welt" (Convention concerning the protection of world cultural and natural heritage) zu ratifizieren?

76. Abgeordneter **Dr. Schwencke (Nienburg)** (SPD)

Wenn die Bundesregierung keine Bedenken hat, diese Konvention, die inzwischen 21 andere Staaten, u. a. Frankreich, ratifiziert haben, zu verabschieden, wann wird sie die Ratifikationsurkunde hinterlegen?

77. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Mit wieviel Flugzeugen reisten die Vertreter der Bundesregierung zur Konferenz in Nizza, wie stark waren die einzelnen Flugzeuge bei welcher Kapazität besetzt, und wie hoch belaufen sich die Flugkosten?

78. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Von welchen Grundsätzen ließ sich die Bundesregierung bei den verschiedenen Verhandlungen insbesondere in London über gemeinsame Richtlinien verschiedener Industriestaaten für den Export nuklearer Anlagen leiten?

79. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang werden die von der Bundesregierung akzeptierten Richtlinien für den Export nuklearer Anlagen den parlamentarischen Kontrollinstanzen zugeleitet, und wann gedenkt die Bundesregierung dies zu tun?

80. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Welches Ergebnis haben die seit 1967 zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Bundesinnenministerium und der amerikanischen Botschaft geführten Besprechungen über den amerikanischen Vorschlag, das Document Center in Berlin, das wichtige Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus enthält, in deutsche Verwaltung zu übergeben, bis heute gehabt?

81. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die Verhandlungen mit der Regierung der USA wieder aufnehmen, um das Berliner Document Center endlich in deutsche Verwaltung zu übernehmen?

82. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 337 Kinder deutscher Eltern, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, völkerrechtswidrig in der Tschechoslowakei zurückgehalten werden, und wenn ja, was beabsichtigt die Bundesregierung zur Durchsetzung der Schutzpflicht für diese Familien zu tun, ebenso wie zur Wahrung der Menschenrechte jener 353 Kinder tschechischer Eltern, die in der Bundesrepublik Deutschland getrennt von ihren Kindern leben (vergleiche KNA-50/II/76-FS-Voraus)?

83. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Tschechoslowakei deutsche Staatsangehörige verhaftet, die Deutschen unentgeltlich bei der Durchsetzung des Menschenrechts auf Freizügigkeit im Sinne der Ausführungen von Bundesaußenminister Genscher über die zentrale gemeinsame Aufgabe der freien Welt vor der Parlamentarierversammlung des Europarats und der feierlichen Erklärung zur Zusammenarbeit im humanitären Bereich in der Schlußakte von Helsinki zu helfen, und was tut die Bundesregierung zum Schutze jener Deutschen, z. B. eines jüngst verhafteten jungen Arztes, die entgegen den feierlichen Erklärungen auch der Tschechoslowakei in Helsinki für eine solche Hilfe in Haft gesetzt werden?

84. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

In welcher Form und bei welchen Stellen ist Sowjetbotschafter Falin gegen die Ausstrahlung des Films „Moskaus Spione" vorstellig geworden, und hat die Bundesregierung dem Botschafter nachdrücklich erklären können, daß er sich – hinsichtlich seiner Befugnisse – in einer grundsätzlich anderen Lage als seine in Ostblockstaaten residierenden sowjetischen Amtskollegen befindet?

85. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Sowjets neuerdings wieder von West-Berlin als einer besonderen politischen Einheit sprechen, die tatsächliche rechtliche Lage der Stadt und ihr Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland leugnen sowie es als eigentliche Aufgabe des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin darstellen, für Beziehungen zwischen West-Berlin und den es umgebenden sozialistischen Staaten hilfreich zu sein, und zu welchen Überlegungen hinsichtlich der künftigen Haltung des Ostblocks gegenüber Berlin gibt dies – bejahendenfalls – Anlaß?

86. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung es mit den Geboten der Menschlichkeit für vereinbar, daß die vor mehr als 30 Jahren als Kriegsverbrecher verurteilten Walter Reder und Herbert Kappler trotz ihres sich immer mehr verschlechternden Gesundheitszustands noch immer in Gaeta gefangen gehalten werden, und was wird die Bundesregierung tun, um bei der italienischen Regierung endlich eine Begnadigung zu erreichen?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Verträge und Vereinbarungen hat die Bundesregierung mit der Sowjetunion und den Staaten des Ostblocks seit Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens für Berlin abgeschlossen, und mit welchen Staaten der genannten Länder werden zur Zeit Verhandlungen über den Abschluß weiterer Verträge und Vereinbarungen geführt?

2. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie viele von den an Schulen im polnischen Herrschaftsbereich deutsch lernenden Schülern die deutsche Staatsangehörigkeit haben, und in welchem Verhältnis steht diese Zahl zur Gesamtzahl der Schüler deutscher Staatsangehörigkeit – verglichen mit den entsprechenden Zahlen für die Schüler ausschließlich polnischer Staatsangehörigkeit?

3. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Welche finanziellen Zuwendungen hat die Bundesregierung oder von ihr abhängige Institutionen seit 1969 an die Volksrepublik Polen gewährt, und welche Zahlungen erfolgten insbesondere im Jahr 1975 und 1976 mit genauer Angabe der Summen und des Datums der Überweisung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der EG für die Errichtung einer gemeinsamen Kontrollbehörde für Kernkraftwerke einzutreten, die über ähnliche Befugnisse und Vollmachten verfügt wie die „Nuclear Regulatory Commission" in den USA und deren Aufgabe es wäre, den Standort, den Bau und die Arbeitsweise der Kernkraftwerke, den Brennstoffzyklus und die Lagerung der radioaktiven und thermischen Abfälle zu kontrollieren?

5. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung statistische Erhebungen vor, die die Aussage rechtfertigen, die Zunahme der Kriminalität im Land Baden-Württemberg liege mit 10,8 % deutlich über dem Bundesdurchschnitt?

6. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über statistische Daten, die einen auf das Jahr 1975 bezogenen Vergleich der Kriminalität im Land Baden-Württemberg zum Bundesdurchschnitt zulassen?

7. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, der Bundesinnenminister habe gesagt, man müsse die „DDR" erfinden, wenn es sie nicht gäbe, und ist dies – bejahendenfalls – die Auffassung der Bundesregierung?

8. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Wie hoch ist zur Zeit der Prozentsatz der unbesetzten Stellen bei der Grenzschutzfliegergruppe, und ab wann erwartet die Bundesregierung auf Grund der Ausbildungssituation eine Verbesserung?

9. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Trifft es zu, daß bei der Grenzschutzfliegergruppe Wartezeiten am Einsatzort nur als Bereitschaftszeiten mit 50 %igem Ausgleich gewertet werden, und ist die Bundesregierng bereit, hier für eine gerechtere Lösung zu sorgen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

10. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Welche Bundesmittel sind seit 1972 direkt, bzw. über das Land Nordrhein-Westfalen in welche Gemeinden des Kreises Mettmann geflossen?

11. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das derzeitige Erhebungsverfahren für die Kfz-Steuer sehr kompliziert ist und neben konjunkturellen bzw. inflationistischen Gründen wesentlichen Anteil an dem rapiden Anstieg der Steuerrückstände bei der Kfz-Steuer von 45,2 Millionen DM am 30. November 1969 auf über 170 Millionen DM zum 30. November 1975 hat, und was gedenkt die Bundesregierung zur besseren Kontrolle bzw. zur Verbesserung des Einzugsverfahrens für die Kfz-Steuer zu unternehmen?

12. Abgeordneter **Dr. Zimmermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die britische Regierung die Bundesregierung zur Fortsetzung der deutschen Devisenhilfe für die Stationierung der Rheinarmee in Deutschland mit der Drohung zu bewegen sucht, andernfalls die ohnehin unzulänglichen Aufwendungen für den britischen Verteidigungshaushalt noch weiter zu reduzieren, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine neue deutsche Devisenhilfe nicht die Ursachen für die schwindende finanzielle Leistungsfähigkeit Großbritanniens beseitigen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

13. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Hat die Bundesregierung die Absicht, im Hinblick auf die Veröffentlichung in „markt intern" vom 9. Januar 1976 „. . . Zugleich Bitte an Sie: Bombardieren auch Sie den trägen Leiter des Referats I B 1 ‚Preispolitik', Ministerialrat Bauer (. . .) mit Briefen, Fernschreiben und vor allem Telefonaten. Werfen Sie ihm getrost an den Kopf, die bisher gezeigte Haltung rieche ‚verdächtig nach Bestechung durch das C + C Gewerbe' (auch wenn wir eine solche Ungeheuerlichkeit keineswegs annehmen)." dem angegriffenen Beamten Rechtsschutz zu gewähren?

14. Abgeordneter **Dr. Graf Lambsdorff** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, den Widerspruch zwischen öffentlichem Preisrecht und der Preisbindung dadurch zu beseitigen, daß sie in der Verordnung oder in einer Durchführungsverordnung dazu bestimmte Nachlässe verbindlich festlegt, die auch den Interessen der öffentlichen Hand auf sparsame Wirtschaftsführung gerecht werden?

15. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, einen Überblick über die Schulden des Ostblocks gegenüber Banken in der Bundesrepublik Deutschland zu geben, und wie hoch sind die Garantiezusagen von Wirtschaftseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland für solche Kredite?

16. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rat der Europäischen Gemeinschaften darauf hinzuwirken, daß Doppelarbeit und Geld gespart werden durch Verzicht auf doppelte Sachverständigenberatung bei der Vorbereitung von Verordnungen durch die Kommission und den Rat, da in einigen Fällen die gleichen Sachverständigen für Kommission und Rat in Anspruch genommen werden?

17. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um im Rahmen der EG eine Harmonisierung der staatlichen Exportkreditversicherungen und der Konditionen bei Ausfuhrkrediten zu erreichen, damit der ruinöse Konditionswettlauf gestoppt wird?

18. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung das Ergebnis der von der Brüsseler EG-Kommission an das Genfer Unternehmensberatungs-Institut Capelin in Auftrag gegebenen Studie über die Lage der Feinstrumpfindustrie bekannt, und wird sie im Rat der Europäischen Gemeinschaften die in der Studie aufgeführten Vorgänge zur Sprache bringen und Abhilfen dafür schaffen, damit nach dem Verlust von 12 000 Arbeitsplätzen in diesem Bereich nicht auch die restlichen Arbeitsplätze notleidend werden?

19. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Welche konkreten Schritte gedenkt die Bundesregierung nach den bekanntgewordenen Vorgängen um den in der Generaldirektion I der Kommission der Europäischen Gemeinschaften tätigen Herrn Benedict Meynell im Zusammenhang mit den von ihm in offiziellen Verhandlungen der EG gegenüber Brasilien geforderten Textilexportbeschränkungen zu unternehmen, um im EG-Rahmen die Einhaltung der GATT-Statuten und das Befolgen internationalen Rechts durchzusetzen?

20. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die beabsichtigte neue Staffelung der Prämienhöhe für Autoversicherer nach dem Prinzip der Schadenshäufigkeit für Fremdenverkehrsregionen, deren Einwohner benachteiligt würden, wenn die Unfälle durch Urlauber in die Berechnung einbezogen würden?

21. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Warum wird einem staatlich geprüften Techniker die Eröffnung eines Handwerksbetriebs verweigert, obwohl dieser eine Ausbildung durchlaufen hat, welche sich nur unwesentlich von der eines Ingenieurs unterscheidet und wesentlich qualifizierter als die eines Meisters ist und letztgenannten die Eröffnung eines Handwerksbetriebs gewährt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

22. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie ist es nach Meinung der Bundesregierung möglich, daß trotz eines sehr engverflochtenen Markts wie zwischen Belgien und den Niederlanden ein so unterschiedlicher Marktpreis für Rinder zwischen 108 RE in Belgien und 95 RE/100 kg LG in den Niederlanden entstehen kann?

23. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten, daß die langfristigen EG-Verträge mit Ägypten bzw. die bevorstehende Einführung des Milchpulverbeimischungszwanges bei Futtermitteln einen wesentlichen Beitrag zur schrittweisen Beseitigung von Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr darstellen können?

24. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich die Bundesrepublik Deutschland an der FACIM, Landwirtschaftsausstellung der Volksrepublik Mocambique, beteiligt, wenn ja, aus welchen Gründen, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß eine Beteiligung an einer Ausstellung in der Volksrepublik Mocambique unter den dort gegebenen Verhältnissen sinnvoll und finanziell zu verantworten ist?

25. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht der Agrarbericht 1976 aus den Versorgungsschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Kartoffeln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

26. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Hält die Bundesregierung die Verwaltungsstruktur der Arbeitsverwaltung im Hinblick darauf für optimal, daß immer wieder darüber geklagt wird, daß der Bedarf an Arbeitskräften trotz der Arbeitslosen nicht befriedigt werden kann, obwohl die Zahl der Bediensteten bei der Arbeitsverwaltung auf Grund der Beschlüsse der Selbstverwaltung in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist, und wenn nein, was gedenkt sie zu tun?

27. Abgeordneter **Katzer** (CDU/CSU)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung für 1976 den Bedarf der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte an liquiden Mitteln, und welchen Betrag davon muß der Bund zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Bundesversicherungsanstalt bereitstellen, damit Verluste bei der Auflösung von Vermögenswerten vermieden werden?

28. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Stehen für Ersatzdienstpflichtige genügend Plätze zur Verfügung, oder müssen noch Wartezeiten, gegebenenfalls von welcher Dauer, in Kauf genommen werden?

29. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Besteht für die Dauer der Wartezeit des Ersatzdienstpflichtigen ein Anspruch auf Zahlung von Kindergeld?

30. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Rechtslage, daß Angehörige eines „Mitglieds einer Truppe" oder eines „zivilen Gefolges" der Stationierungsstreitkräfte der NATO bei der Aufnahme einer unselbständigen Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland keiner Arbeitserlaubnis bedürfen, zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

31. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Mit wieviel Bussen täglich wird die Bundeswehr bei der Benutzung des Schießplatzes Euskirchen-Billig die enge Ortsdurchfahrt in Billig befahren, und trifft es zu, daß das Bundesverteidigungsministerium die Zusage gemacht hat, daß bei den Ab- und Anfahrten zum Schießplatz Euskirchen-Billig auch andere Wegstrecken benutzt werden, wenn dies gewünscht wird, wenn ja, welche?

32. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Kann das Bundesverteidigungsministerium sicherstellen, daß der Bau der Südwest-Tangente Euskirchen als Äquivalent für den Schießplatz Euskirchen-Billig in den Ausbauplan der Bundesregierung so plaziert wird, so daß mit dem Ausbau dieser Straße noch vor 1985 begonnen werden kann?

33. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

Auf Grund welcher Überlegungen der Bundesregierung kann ein staatlich geprüfter Techniker bei einer entsprechenden Verpflichtungszeit nur als Unteroffizier in die Bundeswehr eintreten, obwohl staatlich geprüfte Techniker, welche von der Bundeswehr selbst ausgebildet werden, für Funktionen, wie z. B. Hauptfeldwebel, Stabsfeldwebel und auch für die Laufbahn eines Fachoffiziers, vorgesehen sind, und Meister bei einer entsprechenden Verpflichtungszeit bereits als Feldwebel in die Bundeswehr eintreten können?

34. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Ist durch die vorgenommene Kürzung der Übergangsgebühren für längerdienende Soldaten im Zusammenhang mit dem Haushaltssicherungsgesetz auch eine Kürzung für alle zukünftig längerdienenden Soldaten beabsichtigt?
35. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)	Welche Vorteile im einzelnen bietet die zu § 35 a Abs. 5 des Soldatengesetzes nunmehr erlassene Rechtsverordnung gegenüber den anderen bisher vorgetragenen Entwürfen und Vorschlägen?
36. Abgeordneter **Schmidt (Wuppertal)** (CDU/CSU)	Welche Gründe sprechen gegen eine Auslegung des § 35 a Abs. 5 des Soldatengesetzes im Sinne der von der Bundesregierung in Drucksache 7/1968 S. 10 vertretenen Ansicht hinsichtlich des Umfangs der Ermächtigung zum Erlaß einer Rechtsverordnung?
37. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)	Trifft die Erklärung des Bundesverteidungsministeriums in der Ausgabe der Frankenpost vom 16. August 1975 zu, daß die in Hof stationierte 7. Kompanie des Fernmelderegiments 32 abgezogen werden soll?
38. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)	Welche Ersatzpläne hat die Regierung für den Fall des Abzugs vorgesehen?
39. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Praxis der Wohnungsverteilung mit der Zeit die qualitativ besseren Wohnungen eines Standorts durch Soldaten und Bedienstete belegt werden, die schon lange am Standort sind und nicht mit weiteren Versetzungen zu rechnen haben, während Soldaten der Einsatzverbände, die sowieso schon durch häufigere Versetzungen benachteiligt sind oft weniger gute Wohnungen erhalten, da Anträge auf Wohnungstausch im Standort weniger auf Grund einer Notwendigkeit als durch das Punktsystem nach Ablauf gewisser Wartezeiten entschieden werden?
40. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)	Ist sich die Bundesregierung der wachsenden Benachteiligung bewußt, die durch Bevorzugung von Kaufbewerbern von Reihenhäusern und der Ausdehnung eines Verkaufs auch auf Mietwohnungen für den Kreis der Soldaten entstehen müssen, die nur für die Zeit einer bestimmten dienstlichen Verwendung in den Standort versetzt sind und häufiger Standort und Wohnung wechseln müssen?
41. Abgeordneter **Mursch (Soltau-Harburg)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die geschilderten Benachteiligungen zu prüfen und ihnen gegebenenfalls durch entsprechende Maßnahmen abzuhelfen, um damit den häufiger den Standort wechselnden Soldaten statt eines gerecht erscheinenden Vergabesystems nach Punkten eine echte Wohnungsfürsorge angedeihen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

42. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß Praktikanten, die während ihres Krankenhauspraktikums Sonntagsdienst leisten, im Gegensatz zu Schwesternschülerinnen in vielen Fällen keine Freizeitentgeltung oder sonstige Vergütung bekommen, und ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes ausreichen, um die Rechtsstellung der Praktikanten hinreichend zu klären?

43. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Gibt es Bestrebungen bei der Bundesregierung, die gesetzlichen Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes, des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der Arbeitszeitordnung so zusammenzufassen, daß ein Rechtsstatus des Praktikantenverhältnisses entsteht?

44. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß, wie die „Zeit" am 30. Januar 1976 feststellt, Nitrosamine schon in äußerst geringen Mengen Krebs hervorrufen und dies sowohl bei der Aufnahme durch den Mund als auch bei bloßer Berührung, und wenn ja, was hat sie bisher unternommen, damit die daraus resultierenden Gefahren rechtzeitig elementiert werden können, und wie ist der derzeitige Erfahrungsstand?

45. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die kritischen Äußerungen der Deutschen Gesellschaft für Qualitätsforschung, Geisenheim, oder andere eventuell bekannt gewordene Bedenken zum Anlaß nehmen, die Anwendung von Wuchsstoff-Herbiziden in den Wäldern der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen, und wird sie sich – je nach Ergebnis einer durchgeführten Untersuchung – für eine Verwirklichung der von der Deutschen Gesellschaft für Qualitätsforschung erhobenen Forderungen (vgl. Beitrag in der „verbraucherpolitischen korrespondenz" der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher „Chemie im Wald gefährdet Beeren und Pilze" Nr. 5/1976 Seite 3 ff.) einsetzen?

46. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung, aus dem Vorwurf der Frau Bundesminister Focke wegen der zu geringen Spielfläche für Kinder in Wohnungen (Bulletin der Bundesregierung vom 17. Mai 1973) die Konsequenzen zu ziehen und sich für eine diesbezügliche Änderung der DIN 18011 einzusetzen?

47. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen bezüglich des kinder- und familiengerechten Wohnungsbaues hat die Bundesregierung aus dem im Jahr 1975 veröffentlichten „Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen" beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit inzwischen gezogen?

48. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die Kunststoffkleidung fördere den Krebs und Krebserkrankungen als Todesursache hätten sich mit zunehmender Kunststoffbekleidung vermehrt, und wie beurteilt die Bundesregierung Forschungsergebnisse, die den Kunststoffen die krebsfördernden Eigenschaften nehmen könnten?

49. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Bedarf an Logopäden in den nächsten Jahren ein, und welche Maßnahmen sind beabsichtigt, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

50. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung der Bundesbahnstrecke Rastatt–Freudenstadt (Murgtalbahn) für die Infrastruktur des nördlichen Schwarzwalds und für die Lebensfähigkeit des Fremdenverkehrs in diesem Gebiet?

51. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Entsprechen die Richtlinien und Anweisungen für Oberbauarbeiten (DV 820/III), die Anweisungen für die Arbeitsverfahren bei Oberbauarbeiten (DV 820/IV) und die Anweisungen für den Einsatz der Maschinen und Geräte zur Oberbauerhaltung (DV 820/V) der Deutschen Bundesbahn dem derzeitigen technischen Stand, und wenn nein, wann gedenkt die Deutsche Bundesbahn die vorerwähnten Richtlinien und Anweisungen neu zu fassen, um bei Unfällen, deren Ursache auch in diesen unzureichenden Vorschriften liegen, ein Organverschulden der Deutschen Bundesbahn auszuschließen?

52. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung bereits darüber entschieden, daß die Eurocontrol-Zentrale in Karlsruhe ausschließlich für die Bundeszentrale für Flugsicherung arbeitet?

53. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Bedeutet eine schon getroffene oder bevorstehende Entscheidung den Verzicht der Bundesregierung, sich an einer europäischen Flugsicherung zu beteiligen, und wird damit die Notwendigkeit einer europäischen Flugsicherung neu bewertet?

54. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Ist die Unruhe bei Eurocontrol in Karlsruhe dadurch entstanden, daß klare Entscheidungen verzögert wurden, und wenn ja, wie will die Bundesregierung dieser Unruhe begegnen?

55. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung die hohen personellen und sachlichen Investitionen der Eurocontrol-Zentrale in Karlsruhe angesichts der wachsenden Unsicherheiten noch sinnvoll nutzen?

56. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, prüfen zu lassen, ob im Rahmen einer besseren Auslastung des S-Bahn-Verkehrs zwischen Essen und Wuppertal in Velbert-Neviges im Ortsteil Siepen-Asbruch ein Haltepunkt errichtet werden kann?

57. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die beabsichtigte Stillegung der Güterzugstrecke Wülfrath–Velbert–Heiligenhaus der niederbergischen Wirtschaft, die bereits erheblich unter der mangelnden Anbindung an das überörtliche Straßennetz leidet, eine weitere Möglichkeit der Verkehrsanbindung genommen wird, was zu weiteren Nachteilen für den gesamten Wirtschaftsraum führen kann, und wird sie sich diesem Plan widersetzen?

58. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, an der Bundesautobahn Köln–Bonn im Bereich Wesseling Lärmschutzmessungen durchzuführen?

59. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Lärmschutzvorrichtungen an der Bundesautobahn Köln–Bonn im Bereich Wesseling zu errichten, da die, Anwohner der Erftstraße in Wesseling durch den Lärm von der nahegelegenen Bundesautobahn erheblich gestört werden, oder ist die Bundesregierung bereit, sofern für Schallschutzmaßnahmen bei der allgemein angespannten Finanzlage keine Mittel zur Verfügung stehen, wenigstens eine Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich vorzunehmen?

60. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auch nach der Elektrifizierung der Schwarzwaldbahnstrecke Offenburg–Villingen in Offenburg die Elektrolokomotiven umgespannt werden müssen?

61. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Falls ja, wird die Deutsche Bundesbahn alle Rationalisierungsmaßnahmen vornehmen, damit wenigstens nach Fertigstellung der gesamten Elektrifizierungsarbeiten bis Konstanz ein Umspannen in Offenburg nicht mehr erforderlich ist und diese Strecke interessanter wird?

62. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Wann wird auf der Bundesautobahn A 61 (früher A 202) an der Anschlußstelle Viersen-Bockert auf Schwalmtal hingewiesen?

63. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, im Zusammenhang mit dem von ihr beschlossenen 300-Millionen-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die vorhandenen Ausbildungskapazitäten im Bereich der Bundesbahndirektion Saarbrücken – soweit sie für das Saarland zuständig ist – voll auszuschöpfen, und wenn ja, wieviel Ausbildungsplätze wird die Deutsche Bundesbahn, nach Berufen unterschieden, in diesem Bereich 1976 anbieten?

64. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Wann ist mit dem Ausbau der geplanten Abbiegerspuren der B 49 in Höhe der Einmündung der Kreisstraße 103, Abzweigung Heiligenroth, zu rechnen?

65. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird voraussichtlich das Güteraufkommen bei der Deutschen Bundesbahn im Schienenverkehr abnehmen, wenn die geplante Streckenstillegung erfolgt?

66. Abgeordneter **Härzschel** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß auch in diesem Jahr eine verbilligte Anschlußnetzkarte für Urlauber, die mit der Deutschen Bundesbahn an den Urlaubsort reisen, angeboten wird?

67. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Wie hoch belaufen sich die Kosten für Erhaltungsmaßnahmen in den Jahren von 1960 bis 1975 auf den Bundesbahnstrecken Plattling–Bayerisch Eisenstein, Zwiesel–Grafenau bzw. Zwiesel–Bodenmais?

68. Abgeordneter **Handlos** (CDU/CSU)

Wieviel hat die Bundesregierung vor allem an finanziellen Mitteln zur Sanierung und Erhaltung der einzelnen Bahnhofs- und Betriebsgebäude im Bereich dieser drei Strecken in dieser Zeit aufgewendet?

69. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die Benutzung elektronischer Taschenrechner an Bord von Flugzeugen könne die Funknavigation gefährden, weshalb in den USA bereits ein entsprechendes Verbot ergangen sei, und wie beurteilt – bejahendenfalls – die Bundesregierung die Situation?

70. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, berechtigte Wünsche in bezug auf den neu geplanten Nahbereich – hier des Hamburger Telefonnetzes – zu berücksichtigen, wenn, wie im Fall Kaltenkirchen, ein überaus enger wirtschaftlicher Bezug zu dem neuen Nahbereich des Hamburger Telefonnetzes besteht?

71. Abgeordneter **Peter** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, im Zusammenhang mit dem von ihr beschlossenen 300-Millionen-Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, die vorhandenen Ausbildungskapazitäten im Bereich der Oberpostdirektion Saarbrücken – soweit sie für das Saarland zuständig ist – voll auszuschöpfen, und wenn ja, wieviel Ausbildungsplätze wird die Deutsche Bundespost, nach Berufen unterschieden, in diesem Bereich 1976 anbieten?

72. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Nach welchen Ortsnetzen in der DDR können Fernsprechteilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland derzeit im Direktwahlverfahren telefonieren?

73. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wieviel dieser Ortsnetze sind im Jahr 1975 an die Direktwahl angeschlossen worden, und welche weiteren Ortsnetze werden voraussichtlich im Jahr 1976 für den Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland in der Direktwahl erreichbar werden?

74. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ähnlich der Entsendung von Beamten des höheren fernmeldetechnischen Dienstes zu einem Studienaufenthalt nach Großbritannien, auch einen Berufsaustausch zwischen deutschen und französischen Postbediensteten zu initiieren, der sich auf alle Laufbahnen, insbesondere aber auch auf den einfachen, mittleren und gehobenen Postdienst erstreckt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

75. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich der Auffassung des Deutschen Mieterbundes anzuschließen, „daß die verursachten Kosten der kommunalen Mieterberatungsstellen in keinem Verhältnis zu deren Erfolgen stehen", und gedenkt sie, ihre bisherige positive Einstellung zu diesen Einrichtungen zu überprüfen?

76. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die DGB-eigene „Neue Heimat" fordere u. a. Bundesbedienstete auf, ihr bei den Baubehörden oder anderswo bekanntwerdende Bauabsichten zu melden bzw. bei vorbereitenden Besprechungen oder Beratungen von Planungs- und Baumaßnahmen für die „Neue Heimat" zu werben, und zu welchen Maßnahmen gibt dies – bejahendenfalls – Anlaß?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

77. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Woraus erklärt sich die Differenz in den Angaben über die Anzahl der Flüchtlinge aus der DDR im Jahr 1975, die nach den Feststellungen des Bundesgrenzschutzes 248 Personen, nach der „Berliner Arbeitsgemeinschaft 13. August" jedoch 6011 Personen betragen soll, und welches ist nach Auffassung der Bundesregierung die tatsächliche Anzahl von Flüchtlingen aus der DDR?

78. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Vereinbarungen hat die Bundesregierung seit dem Abschluß des Vier-Mächte-Abkommens mit der DDR abgeschlossen, wie lange haben die jeweiligen Verhandlungen bis zum Vertragsabschluß angedauert, und welche Verhandlungsebenen sind derzeit noch anhängig?

79. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Wie nimmt die Bundesregierng zu Meldungen Stellung, der SED-Chef habe die Einladung zu dem Parteitag der verfassungsfeindlichen DKP angenommen, und wie wird sie in Anknüpfung an den seinerzeit projektierten Redneraustausch von Ost-Berlin verlangen, daß auch den führenden Politikern im freien Teil Deutschlands die Möglichkeit zu einem öffentlichen Auftreten in Mitteldeutschland eingeräumt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

80. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Gibt es nach Ansicht der Bundesregierung noch Möglichkeiten, die bereits angelaufene Planung für einen zentralen Standort des Fachinformationszentrums 4 (Energie, Physik, Mathematik) zu revidieren?

81. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP)

Trifft es zu, daß die Leiter der von der geplanten Verlegung betroffenen Informationseinrichtungen in München und in Braunschweig und auch der Personal- und Betriebsrat nicht bei den Planungen beteiligt wurden?

82. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Computer, gegliedert nach Herstellern, Kauf/Miete und Hochschule, wurden im Rahmen des 2. Datenverarbeitungsprogramms durch Unterstützung des Bundesforschungsministeriums beschafft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

83. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben dazu geführt, daß die Bundesregierung den Zuschuß zur Herausgabe des „Informationsblattes für deutsche Wissenschaftler im Ausland" des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (Haushalt des Bundeswissenschaftsministeriums) gestrichen hat, und wie gedenkt sie die Aufgabe der Betreuung der deutschen Wissenschaftler im Ausland nach Wegfall dieses Informationsdienstes weiter wahrzunehmen?

Bonn, den 13. Februar 1976



